

## POLEN

Stephan Raabe | KAS-Auslandsbüro, Warschau

Gut zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution und dem Beginn des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses ist Polen noch weit entfernt, eine saturierte Gesellschaft zu sein. Das Land befindet sich weiter in einem Entwicklungs- und Aufholprozess, ist fortschrittsorientiert und blickt optimistisch in die Zukunft, ähnlich wie die Bundesrepublik gut zwanzig Jahre nach ihrer Gründung, als die sozial-liberale Koalition von SPD und FDP den Ausbau der Kernenergie forcierte. Die jetzt in Deutschland abgeschalteten Atomkraftwerke wurden alle in den siebziger Jahren gebaut und in Betrieb genommen. Mit zwei, drei Ausnahmen gehen alle in Deutschland laufenden Kernkraftwerke auf die sozialliberale Regierungszeit zurück.

Polen steht energiepolitisch vor der Herausforderung, die Kohleenergie als Hauptenergieträger auch aus klimapolitischen Gründen zu modernisieren und zu reduzieren, die Abhängigkeit bei Öl und Gas von Russland zu verringern, seine Energieversorgung deshalb zu diversifizieren und dabei die Kosten im Zaum zu halten. Vor diesem Hintergrund gehört der Einstieg in die Atomenergie als ein wichtiges Element zur Energiestrategie der von Donald Tusk seit Ende 2007 geführten liberal-konservativen Regierung. Das war bisher in Polen nicht umstritten, wo sich in den letzten Jahren im Energiebereich die kritische Diskussion vor allem auf die North Stream-Gaspipeline durch die Ostsee zwischen Russland und Deutschland konzentrierte. Selbst in der Woche nach der Kernkraftwerkskatastrophe in Japan fand die Ostsee-Gaspipeline noch fast täglich Erwähnung in der Presse, da die nationalkonservative Opposition sich hier festgebissen hat und Ministerpräsident Tusk vorwirft, durch mangelnde Kampfbereitschaft die polnischen Interessen für gute Beziehungen zu Russland und Deutschland geopfert zu haben.

Eine kritische Diskussion über den Einstieg Polens in die Kernenergie fand dagegen in der Vergangenheit so gut wie gar nicht statt und bleibt auch jetzt sehr verhalten, da es bisher keine maßgebliche politische oder gesellschaftliche Bewegung gibt, die sich eine Anti-AKW-Kampagne auf die Fahnen schreibt. Hierzu

trägt bei, dass Polen von lauter Staaten umgeben ist, die – wie Deutschland – bisher auch auf Atomenergie setzten oder aber den Einstieg in diese Form der Energieerzeugung verfolgen. Russland baut aktuell ein neues AKW nördlich von Polen in der Exklave Kaliningrad und will ab September östlich von Polen in Grodno in Belarus ein weiteres Werk errichten. Litauen plant nordöstlich von Polen ein AKW, das Strom auch nach Polen liefern soll, und alle anderen Nachbarn – die Ukraine, die Slowakei, Tschechien, Deutschland und die Ostseeanrainer Schweden und Finnland – nutzen in größerem Maße die Atomkraft.

Polen will nun ebenfalls diese Technologie für sich nutzen und sieht keinen Anlass, sich durch die Katastrophe in Japan davon abhalten zu lassen. Premier Tusk versicherte, dass der Zwischenfall in Japan nach dem Erdbeben keinen Einfluss auf die Pläne für den Bau eines Kernkraftwerks in Polen habe. Das in Polen geplante Werk werde nicht in einer Erdbebenzone stehen, stellte Tusk nüchtern fest. Bei der Ausschreibung für den Bau des Kraftwerks soll übrigens ein japanisches Unternehmen bisher gut im Rennen gelegen haben.

Die Entscheidung der deutschen Regierung, ältere Atommeiler vorläufig abzuschalten und die Atompolitik zu überprüfen, wurde in den Medien weitgehend als wahltaktisches Manöver interpretiert. Auf die Frage, ob steigende Energiepreise und der Ausstieg aus der Atomenergie nicht eine gefährliche Kombination seien, antwortete der Präsident der polnischen Nationalbank und frühere Premierminister Marek Belka in der *FAZ* vom 19. März 2011: In Deutschland handele es sich um einen „Verzicht aus freien Stücken. Wenn sie mehr leiden wollen als nötig, dann ist das ihre Sache. In Polen werden sie dafür nicht viele Verbündete finden.“

Äußerungen des deutschen EU-Energiekommissars Günther Oettinger, die auf einen europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie hinausliefen, wurden dementsprechend in den polnischen Medien als unüberlegt kommentiert. Die polnische Vizewirtschaftsministerin Trojanowska bestätigte in Brüssel, dass Polen an seinem Atomprogramm festhalte. Auch die in einigen

polnischen Internetforen und Zeitungen auftauchende Aufforderung des Brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck an Polen, die Pläne zum Bau eines eigenen Atomkraftwerks zu überdenken, wurde vom polnischen Wirtschaftsministerium zurückgewiesen. Die Regierung will ihr Atomprogramm trotz der

Katastrophe in Japan realisieren. Allerdings gehören die Energiesicherheit und die gemeinsame Energiepolitik zu den Schwerpunkten, die sich Polen für seine EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011 vorgenommen hat.

## UKRAINE

*Nico Lange, Anna Rozhniatovsk | KAS-Auslandsbüro, Kiew*

### **DER UNFALL IN JAPAN EREIGNET SICH GENAU 25 JAHRE NACH TSCHERNOBYL**

Die Entwicklungen der Ereignisse um das Kernkraftwerk im japanischen Fukushima lösen in der Ukraine starke Resonanz aus. Die Bilder der zerstörten Blöcke des Atomkraftwerks gleichen denen der Katastrophe von Tschernobyl, die sich am 26. April vor genau 25 Jahren ereignete.

Obwohl das größte Atomunglück auf dem Territorium der heutigen Ukraine stattfand und die Folgen bis heute anhalten, stand die Nutzung der Kernenergie in der Ukraine nie in Frage. Fast 50 Prozent des in der Ukraine genutzten Stroms wird durch Kernkraftwerke erzeugt. Insgesamt sind 15 Reaktorblöcke am Netz und weitere Kraftwerke befinden sich im Bau und in der Planung.

### **REGIERUNG UND FACHLEUTE REAGIEREN IN DER UKRAINE GELASSEN**

Die ukrainische Regierung reagierte bisher gelassen auf die Katastrophe in Fukushima. Premierminister Asarow betonte, dass für die Ukraine keinerlei Gefahr bestehe und dass die Kernenergie auch weiterhin langfristig in der ukrainischen Energiebilanz eine sehr wichtige Rolle spielen müsse. Nach Ansicht Asarows könnten nur „sehr reiche Staaten“ über einen Wechsel zu alternativen Energiequellen nachdenken, für die Ukraine sei dies nicht realistisch.

Die Ukraine kann vor dem Hintergrund der entwickelten Atom- und Rüstungsindustrie auf ein System von spezialisierten Fachleuten zurückgreifen, die nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen von Tschernobyl über viele Kenntnisse zum Umgang mit Störfällen verfügen. Die Experten äußern sich in der ukrainischen

Öffentlichkeit bisher nur wenig beunruhigt und halten Fukushima für einen Unfall, der nur einen kleinen Bruchteil der Ausmaße der Katastrophe von 1986 erreichen könne.

### **DIE UKRAINISCHEN BÜRGER SIND MISSTRAUISCH**

Trotz dieser gelassenen Reaktionen der ukrainischen Regierung und Fachleute zeigen sich viele Bürger skeptisch. Im kollektiven Bewusstsein sind die Tage und Wochen nach der Explosion in Tschernobyl, als Verheimlichung, Vertuschung und Leugnung durch das autoritäre System verheerende Folgen nach sich zogen, noch immer sehr präsent. Das Vertrauen in offizielle Verlautbarungen ist offenbar trotz deren qualifizierter fachlicher Grundlagen nur sehr gering.

Laut einer aktuellen Umfrage des Horschenin-Instituts glaubt mehr als die Hälfte der Ukrainer daran, dass die Geschehnisse im Atomkraftwerk Fukushima ihre Gesundheit oder die Gesundheit ihrer Angehörigen negativ beeinflussen können. Fast drei Viertel der Befragten befürchten, dass sich auch in ukrainischen Atomkraftwerken ernsthafte Havarien ereignen könnten. Mehr als ein Drittel der Ukrainer sprachen sich in der Umfrage für die schnelle Erschließung alternativer Energiequellen aus.

Die Ukraine plant schon seit Langem zum 25. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl eine ganze Reihe hochrangiger internationaler Veranstaltungen. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Japan gewinnen diese energiepolitischen Diskussionen zur Nutzung der Atomkraft in Europa eine völlig neue Brisanz.